

Energiewirtschaftsgesetz bleibt vage – Schoy fordert verbindliche Standards

Veröffentlichung: 02.09.2025, 09:18 Uhr

Lesezeit 2 min



Foto: Privates Institut

Thomas Schoy, Privates Institut

Die Bundesregierung verspricht mit der EnWG-Novelle Entbürokratisierung und Beschleunigung beim Ausbau erneuerbarer Energien. Doch aus Sicht von Marktakteuren bleibt der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurück. Warum ist die Novelle eher ein Investitionshemmnis denn ein Fortschritt?

„Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes kommt spät – und sie bleibt deutlich hinter dem zurück, was der Markt dringend braucht. Während die Bundesregierung von Entbürokratisierung spricht, erleben Projektierer jeden Tag das Gegenteil: überlastete Netzbetreiber, undurchsichtige Prozesse, monatelange Wartezeiten auf einfache Anschlussauskünfte – und eine massive Rechtsunsicherheit, die

Investitionen verzögert oder ganz verhindert. Das hat mit beschleunigtem Ausbau nichts zu tun, sondern ist ein Investitionshemmnis mit Ansage.

Die geplanten gesetzlichen Änderungen versprechen Vereinfachungen, bleiben aber vage und ohne operative Verbindlichkeit. Ohne konkrete Fristen, rechtlich durchsetzbare Verpflichtungen und klare digitale Prozessstandards wird sich an der Anschlussrealität nichts ändern. Denn das eigentliche Problem liegt nicht im Gesetzestext, sondern in der Praxis: Netzbetreiber agieren oft in Intransparenz, ohne funktionierende Schnittstellen, ohne standardisierte Verfahren, teilweise sogar ohne belastbare Ansprechpartner für Projektierer. Und selbst dort, wo technische Anschlusskapazitäten vorhanden wären, wird blockiert oder verschleppt.

Das könnte Sie auch interessieren:



100 Tage Schwarz-Rot: Immobilienwirtschaft zieht gemischte Bilanz

Gut drei Monate nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung zieht der Immobilienverband ZIA eine erste Bilanz – und die fällt gemischt aus. Manche Vorhaben nehmen Gestalt an, andere verharren im Stillstand. Welche Projekte jetzt dringend Fahrt aufnehmen müssen.

[→ mehr](#)



Mietpreisbremse gegen Preissprünge bis 2029 verlängert

Die Mietpreisbremse, die Mieter in angespannten Wohnungslagen vor Preissprüngen schützt, wird bis Ende 2029 verlängert. Das hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen beschlossen. Wie Vermieter- und Mieterverbände reagieren.

[➔ mehr](#)



Intreal zu neuer EU-Verordnung: „Keine ESG-Kehrtwende“

Mit einer Ende Februar veröffentlichten "Omnibus"-Verordnung will die Europäische Kommission ESG-Vorschriften vereinfachen. Die Service-KVG Intreal fasst zusammen, wie institutionelle Investoren sowie Initiatoren und Asset Manager von Immobilien-AIF auf diese Initiative reagieren sollten.

➔ [mehr](#)

Was uns fehlt, ist kein weiteres Symbolgesetz, sondern ein regulatorischer Durchbruch. Ein funktionierendes, verpflichtendes digitales Anschlussregister, das bundesweit einheitlich Auskunft über freie Kapazitäten gibt. Ein Verfahrensrahmen mit klaren Zeitvorgaben – und Konsequenzen, wenn diese nicht eingehalten werden. Und nicht zuletzt ein Recht auf Anschluss innerhalb angemessener Fristen; vergleichbar mit dem, was für Hausanschlüsse in der Niederspannung längst Standard ist. Der Gleichbehandlungsgrundsatz darf nicht dort enden, wo Photovoltaik in der Megawattklasse auf landwirtschaftlichen Flächen umgesetzt wird.

Zusätzlich dazu verfehlt die Novelle auch den Kern der wirtschaftlichen Realität: Der Markt ist bereit, private wie institutionelle Investoren stehen in den Startlöchern, Freiflächen werden zügig projektiert, und der Ausbau stockt nicht wegen mangelndem Kapital, sondern weil die Anbindung ans Netz zur Blackbox geworden ist. Dabei wird die Energiewende zur zentralen Aufgabe unserer Zeit erklärt. Wer das ernst meint, muss bei der Infrastruktur ansetzen – und das heißt: Netzanschlüsse müssen genauso planbar und verbindlich werden wie jedes andere technische Gewerk. Was hier aktuell auf dem Tisch liegt, ist nicht die überfällige Reform, sondern ein minimales Korrektiv – zu wenig, zu zögerlich und zu unverbindlich. Wer jetzt nicht handelt, verspielt Vertrauen und beschleunigt nicht den Ausbau, sondern das Ausbremsen. Wenn die Bundesregierung glaubwürdig sein will in ihrem Anspruch, Deutschland zum Erneuerbaren-Leitmarkt zu machen, dann braucht es jetzt ein EnWG, das Investitionen ermöglicht, nicht erschwert. Andernfalls erleben wir weiterhin einen regulatorischen Stillstand auf Kosten der Energie-, Standort- und Klimasicherheit dieses Landes.“

Autor Thomas Schoy ist Diplom-Kaufmann und geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Privates Institut. Nach seiner Tätigkeit für Banken, Versicherungen und Finanzberatungsunternehmen war er einer der ersten Investmentberater, die sich auf das Thema erneuerbare Energien konzentrierten. Dabei setzte er etwa Beteiligungsmodelle für Onshore-Windparks um. Daneben vermittelt er sein betriebswirtschaftliches Know-how auch als Privatdozent in verschiedenen Instituten.



Versicherungen



Investmentfonds



Finanzberater



Immobilien
& Sachwertanlagen

Beitrag gedruckt von Cash.: Aktuelle News für Finanzvermittler, Bankberater & Anleger Wissen, was los ist, mit Cash. Das Fachmagazin für Finanznachrichten rund um Versicherungen, Investmentfonds, Immobilien, Sachwertanlagen & mehr.:

Link zu Cash Online und **Link zum Beitrag**

Copyright © 2025 by Cash.: Aktuelle News für Finanzvermittler, Bankberater & Anleger Wissen, was los ist, mit Cash. Das Fachmagazin für Finanznachrichten rund um Versicherungen, Investmentfonds, Immobilien, Sachwertanlagen & mehr.